

094, 01.12.2017,-5310

Mitteilung für den Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss am 07.12.2017

Konzeptrahmen für aktive Bodenpolitik

Sachverhalt:

Gemäß Ratsbeschluss vom 28.09.2017 zum „Bündnis für bezahlbares Wohnen in Bielefeld“ ist beabsichtigt, über die Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (BBVG) künftig eine aktive Bodenpolitik zu betreiben. Von dort sollen der Erwerb und die planungsrechtliche Entwicklung sowie die Erschließung von solchen Flächen initiiert und betrieben werden, die hauptsächlich für zusätzlichen bezahlbaren Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung in Betracht kommen. Die Projekte sollen mit der Maßgabe insgesamt auskömmlich entwickelt werden, dass die für sozialen Wohnungsbau anteilig aktivierten Flächen zu vergünstigten Konditionen veräußert werden sollen. Die Verwaltung wurde beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung der BBVG, dafür einen Konzeptrahmen zu entwickeln.

Die Geschäftsführung der BBVG und das Dezernat 4 Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität haben sich auf folgendes Vorgehen verständigt:

Der Konzeptrahmen soll in einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe unter Beteiligung von BBVG, Dezernat 4, Immobilienservicebetrieb, WEGE mbH und Bauamt erarbeitet werden. Das Bauamt übernimmt die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe. Der Konzeptrahmen soll unter externer Fachberatung und Moderation des Instituts für Bodenmanagement / Dortmund Handlungsoptionen und mögliche Instrumente und Maßnahmen eines strategischen Baulandmanagements (Baulandstrategie) im Sinne der Intentionen des o.g. Ratsbeschlusses klären und vorbereiten für die weitere Beratung im Haupt-, Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss und in der Gesellschafterversammlung der BBVG. Dabei soll auch die Möglichkeit geprüft werden, das Angebot „Kooperative Baulandentwicklung“ der „NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH“ zu nutzen. In Hinblick auf die gewerbliche Entwicklung sind die Beschlüsse zur Gewerbeflächenbedarfsprognose/-konzept 2035 (Stadtentwicklungsausschuss 08.11.2016 und 27.06.2017) zu berücksichtigen.

gez. Moss